

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses sowie des Jugendhilfeausschusses
am 4. Juli 2016**

im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
Mitglieder des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses	Kreisräte/innen	
	Sczuka, Breiter, Holzwarth, Dr. Ketterer, Kölz, Mößner, Wersch	(CDU)
	Kaufmann, Klopfer, Möhrle	(SPD)
	Hesky, Friedrich, Häuser, Jasper	(Freie Wähler)
	Besa, Brodersen, Wägner	(GRÜNE)
	Haußmann, Lenk, Meßmer	(FDP-FW)
	Throm	(AfD)
	Kober	(LINKE/ÖDP)
Die stv. Ausschussmitglieder:	Kelemen	(SPD)
Entschuldigte Ausschussmitglie- der:	Hestler	(SPD)
Mitglieder des Jugendhilfeaus- schusses	Dr. von Pollern, Schaal	(CDU)
	Bauer	(SPD)
	Jud, Löffler	(Freie Wähler)
	Goll	(FDP-FW)
Die Vertreter/innen der Jugend- verbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Rall, Trautner, Waizel, Windmüller	
Die beratenden Mitglieder:	Häufele, Keidel, Krauß, Dr. Reuter, Schanbacher	
Entschuldigte Mitglieder:	Dippon, Häufele, Knödler, Rook, Schanbacher,	

Ferner: Dezernent Geißler
 Sozialdezernentin Bittinger
 Jugendamtsleiterin Stock
 Herr Dr. Vogt, Amt für Schulen, Bildung und Kultur

Weitere Mitarbeiter

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:10 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:10 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:05 Uhr

§ 1

Stellenschaffung zur Betreuung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern/innen (UMA)

Drucksache 2016-47a-VSKA04.07., 2016-47-VSKA25.04.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Jugendamtsleiterin Stock erläutert die Drucksache 2016-47 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Haußmann erklärt, wenn 300 UMA eher die Untergrenze darstellen würden, werde der Druck auf den Stellenmarkt wohl noch weiter zunehmen. Er wolle daher wissen, ob es hier eine neue „Messlatte“ der Verwaltung gebe und ob auch ehrenamtliche Pflegschaften wie in Stuttgart, angedacht seien. Er verweise auch auf das Schreiben des Landrats an die Landtagsabgeordneten bezüglich einer Kostenerstattung sowie die entsprechende Kleinen Anfrage im Landtag, die Herr Prof. Goll, MdL und er gestellt habe. Das Sozialministerium habe hierzu aufgeführt, dass eine Verwaltungskostenerstattung nach § 109 SGB X möglich sei, allenfalls im Wege des Finanzausgleichs. Hierzu solle nochmals beim Landkreistag nachgefragt werden.

Kreisrat Kaufmann gibt zu bedenken, dass es angesichts der steigenden UMA-Zahlen sinnvoller sei, die Stellen eventuell unbefristet auszuschreiben. Hierdurch könne der Fluktuation entgegen gewirkt werden und Berufsanfängern würde eine Perspektive geboten. Er bitte zudem um Auskunft, ob es aufgrund der Standardabweichungen, z.B. bei den Mündelkontakten, rechtliche Konsequenzen geben könne, falls etwas passieren sollte.

Kreisrat Sczuka erinnert daran, dass die Standardabweichungen längst beschlossen seien und auch schon so angewendet werden. Ihn interessiere, ob es auch Jugendlichen über 18 Jahre gebe, die noch zu den UMA zählen. Er gehe davon aus, dass die Abrechnungen bei der Wirtschaftlichen Kinder- und Jugendhilfe fristgerecht erfolgen und keine Mittel verloren gehen.

Kreisrat Jasper ist der Meinung, dass bei der schlechten Bewerberlage und sinkendem Qualitätsniveau die Stellen befristet bleiben sollten. Insgesamt werde der Stellenbedarf mitgetragen. Des Weiteren interessiere ihn, wie viele und welche Stellen im Jahr 2016 geschaffen worden seien und besetzt wurden.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass weiter versucht werde, die Stellen befristet und unbefristet auszu-schreiben. Er sagt zu, dass bis zu den Haushaltsberatungen aufgearbeitet werde, welche Stellen-besetzungen in 2016 vorgenommen wurden.

Jugendamtsleiterin Stock antwortet, eine Prognose sei schwierig, die Zahl könne aber weit über 300 UMAs hinausgehen. Ehrenamtliche Vormundschaften werde es frühestens in 2017 geben, da mo-mentan die Auswahlverfahren laufen. Die UMA im Kreis seien in Gastfamilien oder bei Freien Trä-gern untergebracht. Mit der Personalverstärkung und den organisatorischen Maßnahmen solle auch der Mündelkontakt verbessert werden. Ein Teil der UMA seien zwar über 18, ob diese noch Ju-gendhilfeleistungen bekämen, hänge vom individuellen Bedarf ab. Die Mitarbeiter der wirtschaftli-chen Kinder- und Jugendhilfe würden mit Hochdruck an den Kostenabrechnungen arbeiten. Man habe auch eine Kraft vom Jobcenter und externe Unterstützung bekommen.

Kreisrat Bauer anerkennt die Bemühungen der Verwaltung, er vermisse aber einen Notfallplan, um die Beschäftigten des Jugendamtes zu entlasten. Er weist außerdem darauf hin, dass die Stan-dardabweichungen befristet seien und wolle wissen, ob diese verlängert werden müssen. Ferner sei wichtig, dass es passgenaue Hilfen gebe und es dürften keine Mittel verloren gehen.

Kreisrat Throm bezeichnet es als skandalös, dass es keine Kostenerstattung vom Land gebe und er hinterfrage die Rechtmäßigkeit.

Kreisrätin Brodersen hält eine Befristung für keine ideale Lösung. Vielmehr müsse man die Attrakti-rität erhöhen und Perspektiven schaffen für eine Festanstellung. Durch die hohe Fluktuation im Jugendamt gebe es immer wieder Lücken. Aber auch die ehrenamtlichen Helfer müssten professi-onell angeleitet werden. Die Standardabweichungen finde sie weniger gravierend, da die Frequenz nur erhöht worden sei, um den Kontakt zu stärken und nicht um Gefahren abzuwehren.

Kreisrat Klopfer berichtet, dass er eine UMA-Einrichtung besichtigt habe und die Betreuung dort sehr gut sei. Insofern bereite ihm die Standardabsenkung keine Sorgen. Ihn interessiere, ob es hier Unterschiede zwischen Gastfamilien und Freien Trägern gebe. Er weist darauf hin, dass auch die Freien Träger befristete Verträge abgeschlossen hätte. Es sei richtig, dass Prognosen schwierig seien, da man z.B. vier Wohnungen für Freie Träger freigehalten habe und nun keine Belegung erfolge. Das Thema Schule mache ihm mehr Sorgen. So gebe es trotz 9 VABO-Klassen eine War-teliste. Er bitte darauf zu achten, dass man sich nicht nur auf die UMA konzentriere, da auch die

übrigen Flüchtlinge meist unter 25 Jahren seien, aber bei einem Betreuungsschlüssel von 1:120.

Kreisrat Holzwarth bittet um Auskunft, ob die neuen Stellen nur für die UMAs seien oder auch für die allgemeine Flüchtlingsbetreuung, zumal die UMA-Betreuung gut sei. Er wolle außerdem wissen, ob es irgendeine Kostenerstattung für die neuen Stellen gebe, oder ob dies über die Kreisumlage finanziert werden müssen.

Landrat Dr. Sigel nimmt zu den vorstehenden Redebeiträgen Stellung und führt aus, der reguläre Betreuungsschlüssel liege bei 1:110. Auch hier sei die Personalgewinnung schwierig. Was einen „Notfallplan“ betreffe, sehe auch er die Notwendigkeit von Organisations- und Restrukturierungsmaßnahmen. So laufe derzeit auch die Organisationsuntersuchung im Kreisjugendamt. Die Standardabweichungen seien mit den Führungskräften abgestimmt worden. Die Unterbringung und Sozialbetreuung für die UMA werden vom Land erstattet werden, die Verwaltungskosten allerdings nicht.

Jugendamtsleiterin Stock antwortet ergänzend, dass das Jugendamt zwar eine Steuerungsfunktion habe, wegen der Refinanzierung sei jedoch schwierig, einen räumlichen Kapazitätspuffer vorzuhalten. Der Betreuungsschlüssel der Freien Träger sei nicht vergleichbar, da es hier um Stellen zur Ermittlung des jeweiligen Hilfebedarfs gehe, als Grundlage für die Kostenerstattung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den dargestellten Stellenbedarf gemäß Variante 2b (Drucksache 2016-47-VSKA25.04.) und eine Stelle Sachbearbeitung für Bildungs- und Teilhabeleistungen im Kreissozialamt umzusetzen und die erforderlichen Stellen (20,5 VZÄ), im Vorgriff auf den Stellenplan 2017, zu besetzen, um eine Aufgabenerledigung sicherzustellen.

Auszüge:

1 Dezernat 5

1 Dezernat 1

1 Kreisjugendamt

1 Fachbereich Organisation

1 Fachbereich Personal

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert